

SPENDENAFFÄRE

Plakative Verwendung

Alt Bundeskanzler Helmut Kohl hat die von ihm eingesammelten anonymen Spenden offenbar anders verwendet als bislang behauptet. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bonn steckte Kohl die 2,17 Millionen Mark, die er zwischen 1993 und 1998 von unbekannten Gönnern bekam, nicht, wie er sagte, überwiegend in den Aufbau der ostdeutschen CDU, sondern in Wahlkampf und Meinungsforschung im Westen. Von 900 000 Mark, die Kohl 1993 erhielt, habe er fast die Hälfte für eine Rechnung der Werbefirma Wesselmann verwendet, die für die CDU Großflächenplakate klebte. Mehrfach habe Kohl zudem seinen eigenen Landesverband Rheinland-Pfalz bedacht: 1996 seien mit dem Spendengeld zwei Rechnungen des Instituts für Demoskopie in Allensbach über rund 75 000 Mark für die Landes-CDU in Mainz bezahlt, weitere 70 000 Mark zur Anmietung von 400 Flächen für Großplakate ausgegeben worden. Kohl hatte im Dezember 1999 erklärt, das Geld „in die neuen Länder gesteckt“ zu haben. „Fast in der vollen Höhe“ habe er mit den Spenden im Osten die CDU-Sozialausschüsse und deren „Betriebsgruppenarbeit finanziert“. Die Staatsanwälte sehen Anhaltspunkte dafür, dass sich Kohl nicht nur der Untreue, sondern auch des Betrugs schuldig gemacht hat.



Kohl vor dem Untersuchungsausschuss

Weil die CDU aufgrund seines Finanzgebarens über Jahre hinweg falsche Rechenschaftsberichte vorgelegt habe, sei der Bundestagspräsident getäuscht worden und habe der CDU möglicherweise zu viel an staatlichen Zuschüssen zukommen lassen. Damit könne der damalige CDU-Chef den Staat betrogen haben. Gegen eine Geldbuße will die Staatsanwaltschaft das Verfahren dennoch einstellen. Kohl habe bei seiner Sammelaktion vom Frühjahr mehr als acht Millionen Mark erhalten und sie der Partei übergeben – damit sei der Schaden wieder gutgemacht.



Beck



Metzger

GRÜNE

Gefahr für Promis

Die Verkleinerung des Bundestags bedroht prominente grüne Abgeordnete. Da bei der Wahl 2002 die Zahl der Volksvertreter von 656 Mandatsträgern (ohne Überhangmandate) auf 598 sinkt, hätten nach einer internen Berechnung der Partei bei gleichem Wahlergebnis und gleicher Platzierung auf den Listen wie 1998 wichtige grüne Parteivertreter keine Chance, wieder ins Parlament einzuziehen. Vor allem Landesverbände im Westen müssten dran glauben. In Bremen würde Marieluise Beck, 48, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, auf der Strecke bleiben, in Baden-Württemberg Haushaltsexperte Oswald Metzger, 45. In Nordrhein-Westfalen träfe es gleich zwei bündnis-grüne Abgeordnete, darunter den linken Jungstar Christian Simmert, 27.

SCIENTOLOGY

Horrortrip nach Florida

Fluchtartig musste Ursula Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe Scientology in der Hamburger Innenbehörde, die USA verlassen. Einen einwöchigen Urlaub hatte Caberta in Florida verbringen wollen, dabei auch die Scientology-Gegner Stacy Brooks und Bob Minton getroffen und an einer Pressekonferenz zu den Praktiken des Psychokonzerns teilgenommen. Doch dann verließ sie einen Tag früher als geplant überstürzt das Land. Die Reise in den „Sunshine State“ hatte sich als Horrortrip erwiesen: Bereits am Flughafen in Tampa war Caberta von 50 Scientologen mit „Nazi go home“-Rufen empfangen, später auf Schritt und Tritt verfolgt worden. Dann verklagte der deutsche Software-Unternehmer Hubert Heller, der in den USA lebt, Caberta auf 75 000 Dollar Schadensersatz. Angeblich sei ihm ein Großauftrag der deutschen Firma POS Partner GmbH durch die Lappen gegangen, nachdem ihm von dem Unternehmen der so genannte Sektenfilter vorgelegt worden war – eine „Schutzerklärung“ (Caberta), in der der Unterzeichner beteuert, nicht nach der „Technologie“ des Scien-

tology-Gründers L. Ron Hubbard zu handeln.

Zur Abreise drängte der deutsche Generalkonsul in Florida: Caberta war zuvor die Ladung zu einer Vernehmung durch Scientology-Anwälte unter der Hotelzimmertür durchgeschoben worden. Daraufhin musste sie sich einem fünfständigen Verhör in der Zentrale des Konzerns in Clearwater aussetzen.



Caberta, Demonstranten



JOKER

Es ging um den Fall der unter ungeklärten Umständen in den USA ums Leben gekommenen Lisa McPherson, zu dem Caberta aber nach eigenen Angaben keine Aussage machen konnte. „Bevor Schlimmeres passiert“, habe sie dann heimlich das Land verlassen. Den Glauben an den amerikanischen Rechtsstaat hat Caberta verloren. So was habe sie noch nicht erlebt. „Das kennt man sonst nur aus Diktaturen.“